No. 511. — 56. Jahrgang.

Erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25
Abonnementspreis für auswärts
bei Bezug durch die Post:
monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40
Insertionspreis für die Zeile 40 Pf.
Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Kleine Anzeigen: das Wort . . . 4 „
Das fette Ueberschriftswort . . . 10 „

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe

Freitag, 30. Oktober 1908

Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49
Telephon: Amt Ia Nr. 10131–10148.
Filialen: Prinzstr. 41, Kottbuserstr. 1, Wienerstr. 1–6, Petersburgerstr. 2, Große Frankfurterstr. 31 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Rüdesstr. 31, Schiffbauerdamm 1, Schützendorferstr. 27 (am Boddinplatz), Königstr. 36/37, Mathenowerstr. 3 (gegenüber d. Kriminalgericht), Potsdamerstr. 38, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 69 (Ecke Jordanstraße), Rigaerstr. 4, Berlinerstr. 41 (Ecke Münchenerstr.), Schönebergerstr. 155, Charlottenburg, Kantstr. 34, Pankow, Berlinerstr. 15b, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, König-Chausseee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die fehlende Milliarde.

Herr Sydow hat das Wort.

In der „Nordd. Allg. Ztg." wird jetzt mit der Veröffentlichung der Begründung der Reichsfinanzreformvorlage begonnen. Aber viel neue Steuern verlangt, muß natürlich zuvor den ganzen Finanzjammer, wie er ist, aufrollen. Wie weit seit dem Beginne dieses Jahrhunderts die Einnahmen hinter dem jeweiligen Gesamtbedarfe zurückgeblieben sind, zeigt die folgende Zusammenstellung.

Es betrugen unter Abrechnung der Einnahmen aus Anleihe sowie einerseits der Matrikularbeiträge, andererseits der Ueberweisungen, in Tausenden Mark (man muß also an jede Zahl noch drei Nullen anhängen):

	Die Ausgaben (ordentliche und außerordentliche)	Die Einnahmen	Somit Mehrausgaben
1900	1 688 878	1 475 159	213 719
1901	1 768 755	1 512 686	259 069
1902	1 764 334	1 829 913	— 65 579
1903	1 815 763	1 612 407	203 356
1904	1 872 120	1 687 820	184 300
1905	2 006 089	1 839 250	166 839
1906	2 186 575	1 888 069	298 506
1907	2 614 824	2 269 555	345 269
Voranschlag 1908	2 589 116	2 213 686	375 430
Summe der Mehrausgaben 1900 bis 1908	18 306 454	16 328 545	1 977 909

Die Gesamtdifferenz zwischen Bedarf und Deckung beläuft sich somit für die letzten neun Jahre auf rund zwei Milliarden Mark.

Hiervon dürfen in Abrechnung gebracht werden: 276 Millionen Mark, die die ostasiatische Expedition, und 430 Millionen Mark, die der südwestafrikanische Aufstand gekostet haben, da Kriegsausgaben nicht aus ordentlichen Einnahmen gedeckt werden können. Freilich verlangt die finanzielle Ordnung auch ihre alsbaldige Tilgung nach beendigtem Kriege; Großbritannien hat von den für den Krieg in Südafrika aufgenommenen Anleihen seit dem Ende des Jahres 1903 bis zum 1. April 1908 59,2 Millionen Pfund Sterling oder rund 1200 Millionen Mark abgetragen. Für die Kosten der ostasiatischen Expedition hat Deutschland im Laufe des nächsten Menschenalters zwar Rückerstattung aus den vom chinesischen Reiche übernommenen Entschädigungen, wenngleich nicht im vollen Maße, zu erhoffen, für die des südwestafrikanischen Aufstandes aber überhaupt nicht.

In Abrechnung gebracht werden können ferner von jener Summe 329 Millionen Mark, die in den Jahren seit 1900 für werbende Anlagen sowie für den Nordostseekanal und für Arbeiterwohnungen aus Anleihen aufgebracht sind, wenngleich auch diese einer größeren Abschreibung und Tilgung bedurft hätten.

Immerhin verbleibt selbst nach Aussonderung dieser Posten noch annähernd

eine Milliarde Mark,

für die es seit 1900 an Deckung gefehlt hat.

Die Folge dieses Mißverhältnisses ist die ständige starke Steigerung der Schuld, die im Verlaufe von nur 30 Jahren auf mehr als 4¼ Milliarden Mark aufgelaufen ist. Die erste Schuldbegebung fand im Jahre 1877 statt, seitdem ist die begebene Schuld gewachsen:

im Jahre	1880 . . . auf	267,786,500	Mark
„ „	1885 . . . „	444,000,000	„
„ „	1890 . . . „	1,317,797,700	„
„ „	1895 . . . „	2,125,255,100	„
„ „	1900 . . . „	2,395,650,000	„
„ „	1905 . . . „	3,543,500,000	„
„ „	1908 . . . „	4,253,500,000	„

(einschließlich der langfristigen Schatzanweisungen, aber ohne Berücksichtigung der in Höhe von 147 Millionen Mark noch offenstehenden Kredite.

Herr Sydow berechnet alsdann, daß nach dem gewöhnlichen Verlauf der Dinge die

Vermehrung der Reichsschulden um eine Milliarde

bis 1913 in sicherer Aussicht steht, obwohl der Zinsendienst schon jetzt jährlich 160 Millionen Mark erfordert. Durch den ständig sinkenden Kursstand der Anleihen wird die Finanznot des Reiches außerdem verschlimmert; die Schmerzen darüber fühlen in der „Begründung" allein eine ganze Spalte aus.

Nachdem die neuen Steuerquellen sich zumeist als wenig ergiebig erwiesen haben, muß der gegenwärtige Zustand entweder eine weitere Erhöhung der Reichsschuld oder eine Belastung der einzelnen Bundesstaaten mit Ausgaben zur Folge haben, zu deren Tragung sie (angeblich) niemals imstande sind.

Angesichts der dargelegten Mißstände und Gefahren würde, sagt die „Begründung", eine Regelung, die sich auf eine Steuererhöhung bloß zur Deckung des Mehrbedarfs im nächsten Etatsjahre beschränkte, als durchaus unzulänglich erscheinen. Vielmehr ist eine Reform des gesamten Finanzwesens im materieller und formeller Hinsicht, und zwar unter Berücksichtigung eines größern Zeitraums, unbedingte Notwendigkeit; es ist politisch und volkswirtschaftlich unmöglich, alljährlich mit neuen Steuerforderungen hervorzutreten.

„Drei Ziele hat", so schließt der erste Auszug aus der Denkschrift, „eine derartige Reform vor allem ins Auge zu fassen:

1. Die Verhinderung weiterer Schuldenvermehrung sowie eine regelmäßige ausreichende Tilgung der vorhandenen und der zukünftig aufzunehmenden Anleihen;
2. die Herstellung des Gleichgewichts zwischen Bedarf und Deckung;
3. die Regelung des finanziellen Verhältnisses zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten.

Die Durchführung dieser Reformen wird zugleich das Reich von der Notwendigkeit entlasten, auch fernerhin erhebliche schwebende Schulden aufzunehmen, und damit die Schatzanweisungen im wesentlichen auf ihren ursprünglichen Zweck, die zeitweise Verstärkung der Betriebsmittel der Reichshauptkasse zur Deckung vorübergehender Ausgaben, beschränken."

So. Nun kann die Aufrollung der neuen Steuern beginnen.

Die Lehrerbesoldungsvorlage

ist gestern in erster Lesung im Abgeordnetenhause durchberaten und der Kommission überwiesen worden. Die ausgedehnte Debatte, die von 10 bis 4 Uhr dauerte, gestaltete sich lebhafter als die vorgestrige. Der Sozialdemokrat Borgmann gab ein in sehr kräftigen Farben gemaltes Bild des preußischen Schuljammers im allgemeinen; auch der Abgeordnete Hoff (freisinnige Vereinigung) der die Gleichstellung der Lehrer mit den mittleren Beamten forderte, kam in seiner Rede zu dem Ergebnis, daß die Leidensgeschichte der preußischen Volksschule mit der Vorlage noch nicht erschöpft sei; er warf Preußen vor, es lade das Odium einer Kulturbremse auf sich. Hiergegen protestierte entrüstet, aber ohne Grund Ministerialdirektor Schwartzkopff; er stellte die kühne Behauptung auf, daß Lehrermangel und Besoldungsfrage nichts miteinander zu tun hätten; den Lehrern stellte er, was keine materiellen Aufwendungen erfordert, ein ausgezeichnetes Zeugnis aus; und bezüglich der Lehrergehälter marschiere Preußen an der Spitze aller Bundesstaaten. Das ist sehr schlimm für die Bundesstaaten und kein Trost für die Lehrer, die auch nach der neuen Vorlage noch kultur- und schulwidrig schlecht bezahlt werden. Herr v. Richthofen trat als zweiter Herold der plötzlich ausgebrochenen konservativen Lehrerfreundlichkeit auf. Natürlich trat der Redner wieder mit Feuereifer für die Gleichstellung der Stadt- und Landlehrer, das heißt für Schlechterstellung der Stadtlehrer, sowie für die Besoldungskassen ein, die nun einmal das Steckenpferd der beiden konservativen Fraktionen bilden; könnte man doch auf diesem Wege wieder die großen Städte zu gunsten des flachen Landes gründlich schröpfen! Der Abgeordnete Dr. Hackenberg (nationalliberal) protestierte gegen den Brauch, die jungen Anfänger als Einzellehrer aufs Dorf zu schicken; gerade dorthin gehören erfahrene Lehrkräfte.

Der Stadt Berlin wurden von konservativer Seite Vorwürfe über die Mängel in der Besoldung ihrer Lehrer gemacht; der Abgeordnete Cassel (freisinnige Volkspartei) suchte die Stadt in Schutz zu nehmen. Leider hat der Berliner Kommunalfreisinn unter Casselscher Führung in bezug auf das Volksschulwesen manche schwere Unterlassungssünde begangen.

Vom Zentrum wurde noch die Frage der Mittelschullehrergehälter angeschnitten; Herr Schwartzkopff beeilte sich, das Interesse der Regierung an dieser Frage zu versichern. Dann nahm die Beratung mit einer Reihe persönlicher mehr oder weniger liebenswürdiger Bemerkungen ihr Ende. Da man am Sonnabend fertig werden will, begann man noch die erste Lesung der Pfarrerbesoldungsgesetze.

Es steht nunmehr fest, daß die Plenarsitzungen des Abgeordnetenhauses am Sonnabend auf längere Zeit vertagt werden. Der Präsident wird die Ermächtigung erhalten, an einem ihm geeignet erscheinenden Tag die nächste Plenarsitzung anzuberaumen. Als Tag des Wiederzusammentritts ist, wie wir hören, vom Präsidenten Montag der 23. November in Aussicht genommen.

* * *

Berliner Lehrerverein und Lehrerbesoldungsgesetz.

Heute hält der Berliner Lehrerverein im großen Saale seines Vereinshauses eine Versammlung ab, um namentlich zu dem neuen Lehrerbesoldungsgesetze Stellung zu nehmen. Der Vorstand des Vereins hatte dies bereits am 23. Oktober in einer Sitzung getan, in der auch die Richtlinien zu den der heutigen Versammlung vorzulegenden Leitsätze festgelegt worden waren. Den Vortrag wird Herr Lehrer Menzel halten. Die vom Vorstand angenommenen Leitsätze lauten:

I. Der Berliner Lehrerverein hält grundsätzlich an der Forderung eines Diensteinkommens fest, daß „nach Art und Höhe des Anwachsens dem der nichttechnischen Sekretäre in den staatlichen Betrieben und Verwaltungen gleich ist"; der Verein kann darum in dem Gesetzentwurf eine befriedigende Regelung der Lehrerbesoldung nicht erblicken. Wenn er auch in einigen Bestimmungen einen Fortschritt für einen Teil der Lehrerschaft erkennt, so bedauert er um so mehr, daß für einen anderen Teil durch die in Aussicht genommenen Gehaltssätze der Abstand von den Gehältern der Verwaltungssekretäre noch vergrößert werden soll.

II. Solange die Gleichstellung mit den Sekretären der allgemeinen Staatsverwaltung nicht erreicht ist, wendet sich der Verein mit aller Entschiedenheit:

1. gegen die Bestimmung des Gesetzentwurfes, die leistungsfähigen und leistungswilligen Schulverbänden jede Ueberschreitung der vorgesehenen Gehaltssätze verbietet, da er darin ein Hindernis sieht für den weiteren Ausbau des Volksschulwesens durch die freie Entschließung der Gemeinden und für die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage des Lehrerstandes;
2. gegen die Bestimmungen, durch die ein Teil der Lehrer eine Herabsetzung des pensionsfähigen Diensteinkommens erleidet, und die eine Schmälerung der Witwen- und Waisengelder zur Folge haben.

III. Der Verein fordert:

1. eine wesentliche Erhöhung der vorgeschlagenen Gehälter, da durch die in Aussicht genommenen Sätze den Volksschullehrern innerhalb der preußischen Beamtenschaft eine Stelle angewiesen wird, die weder ihrer Vorbildung noch der Schwierigkeit und Wichtigkeit des Lehramtes entspricht;
2. die Aufnahme einer Bestimmung, die allen Schulverbänden ohne Rücksicht auf ihre Größe das Recht gibt, höhere Gehälter zu zahlen.

IV. Der Berliner Lehrerverein ist überzeugt, daß durch dies Gesetz die Leistungsfähigkeit der Volksschule nicht erhöht und der Lehrermangel nicht beseitigt, sondern höchstens vom Osten des Staates nach dem Westen verschoben wird.

Zu der Vereinsversammlung sind Abgeordnete aller Fraktionen eingeladen worden.

Das Kaiser-Interview

einmütig verurteilt.

Noch niemals hat eine Kundgebung des Deutschen Kaisers eine so einmütig abweisende Behandlung, eine so scharfe Kritik im Inlande wie im Auslande gefunden, wie die vom „Daily Telegr." veröffentlichte Unterredung mit einem englischen Granden, dessen Name immer noch nicht feststeht. Die gesamte deutsche Presse aller Parteischattierungen, soweit sie sich eine eigene Meinung gestattet, ist einig in der Verurteilung dieser persönlichen Politik. Man ist sich einig darin, daß die Unterredung und deren Veröffentlichung der politischen Stellung Deutschlands unermeßlichen Schaden bereiten kann, im Reichstage wird Fürst Bülow ja wohl bald Gelegenheit finden, dazu Stellung zu nehmen.

Die ablehnende Haltung der englischen Presse dauert an. Aus London wird gemeldet:

Bei Besprechung des Kaiser-Interviews äußern die „Times" die Meinung, daß die Aeußerungen des Kaisers von dem anonymen Gewährsmann des „Daily Telegraph" im allgemeinen richtig wiedergegeben worden sind. Die „Times" glauben aber nicht, daß diese Erklärungen geeignet sind, das Mißtrauen in England gegen Deutschland zu beseitigen, da der Kaiser ja selbst zugebe, daß die Mehrheit des deutschen Volkes England nicht befreundet ist. Sollte der Kaiser die Absicht gehabt haben, Zwistigkeiten zwischen Frankreich, England und Rußland zu säen, so werde er sich gleichfalls täuschen. In England habe man es Frankreich und Rußland längst verziehen, daß sie England nicht immer Sympathien entgegenbrachten. Uebrigens glauben die „Times", daß man von Paris und Petersburg aus eine wesentlich andere Darstellung der Verhandlungen, die vielleicht mit Deutschland stattgefunden haben, geben könne.

Die „Daily Mail" bezeichnet es als paradox, daß dieselbe Hand das Telegramm an Präsident Krüger und den Feldzugsplan für die Engländer niedergeschrieben habe.. Am meisten habe diese Enthüllung vermutlich die Generäle Roberts und Kitchener überrascht, die bis jetzt nicht wußten, daß sie dem Kaiser für ihre Siege zu Dank verpflichtet seien ...

Die konservative „Morning Post" liest aus den Aeußerungen des Kaisers heraus, das Deutschland England irgendein Uebereinkommen angeboten habe, das aber von England nicht angenommen worden sei. Das Blatt bedauert die „Indiskretion" des englischen Diplomaten und meint, diese Aeußerungen muteten an, als wolle ein auswärtiger Souverän an das englische Volk gegen die englische Regierung appellieren.

Der „Standard" und die „Daily Expreß" machen darauf aufmerksam, daß der Kaiser selbst zugibt, daß die Mehrheit des deutschen Volkes antienglisch sei. Damit beantworte der Kaiser seine eigene Frage, warum man in England Mißtrauen gegen Deutschland hege.

Die Echtheit des Interviews.

Von unterrichteter Seite wird dem „Berl. Tagebl." geschrieben: Das Gespräch, über das der „Daily Telegraph" berichtet, hat tatsächlich stattgefunden. Der Bericht des englischen Blattes scheint auch im großen und ganzen zutreffend zu sein, ob er es in allen Einzelheiten ist, unterliegt noch der Prüfung. Das Gespräch hat nicht erst in den letzten Wochen, sondern schon vor einiger Zeit, augenscheinlich im August dieses Jahres, stattgefunden. Daß die Veröffentlichung eine Intrige oder eine Indiskretion darstelle, wird hier nicht geglaubt; der Kaiser dürfte die Aeußerungen vielmehr in der Absicht getan haben, daß sie der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten bleiben. Ob aber der jetzige Zeitpunkt der Veröffentlichung den Wünschen des Kaisers entspricht, ist fraglich. Man hat behauptet, das Gespräch des Kaisers sei entweder mit dem früheren englischen Botschafter in Berlin, Lascelles, oder mit dem vormaligen englischen Botschafter in Wien, Sir Horace Rumbold, geführt worden. Das wird hier bestritten. Mit wem der Kaiser aber tatsächlich gesprochen, darüber weiß man nichts, oder will man nichts sagen.

Eine Veröffentlichung des Gesprächs hätte unter allen Umständen vermieden werden müssen.

Fürst Bülow und Italien.

Offiziös wird erklärt:

In ausländischen Blättern ist behauptet worden, der Reichskanzler Fürst v. Bülow habe dem italienischen Botschafter Pansa seine Unzufriedenheit mit der Politik Italiens ausgesprochen. Wir sind ermächtigt, diese Behauptung als völlig unwahr und gegenstandslos zu bezeichnen.

Darob wird man in Italien eine unbändige Freude haben.